

Auf dem Rücken der Ehrenamtlichen

Die über 40 Willkommen-Initiativen in Köln zur Unterstützung von Flüchtlingen, die Unmengen an ehrenamtlichen Aufgaben erfüllen, Solidarität praktisch werden lassen und oftmals auch Angriffen und Drohungen standhalten müssen, sind heute wichtiger denn je. Ohne diese fünftausend Menschen wäre es schon längst zu einer humanitären Katastrophe in unserer Stadt gekommen. Doch die konkrete Solidarität muss sich verbinden mit dem politischen Kampf gegen Krieg und Rassismus, gegen die Ursachen von Flucht und Ausgrenzung.

In den ersten dreizehn Wochen des Jahres sind bereits 165 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte verübt worden. Das teilte das Bundesinnenministerium an diesem Freitag mit. Demnach sind bis zum 1. April 21 Brandstiftungen, 34 Gewaltdelikte, 67 Sachbeschädigungen und 42 Propagandadelikte begangen worden. Auch ein Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz wurde registriert.

Ein weiterer Skandal entfaltet sich immer mehr in der enormen Verzögerung bei der Bearbeitung der Asylanträge. Der Durchschnitt der Bearbeitungszeit eines Asylantrags liegt bei über fünf Monaten. Hinzu kommen immer größer werdende Zeitspannen, bis die Zuflucht Suchenden überhaupt erst registriert sind, um ihren Antrag stellen zu können. Viele AsylbewerberInnen warten Jahre auf die Entscheidung über ihren Antrag. Statt die Verfahren zu beschleunigen, um den Wartenden die Rechte zu gewähren, die sie als anerkannte Flüchtlinge in Anspruch nehmen können, zögert die Bundesregierung das Verfahren weiter hinaus und verweigert den Menschen somit bewusst den Zugang zu den Rechten, die ihnen als Geflüchtete zustehen. Dieser und andere Skandale im Bereich des Asylrechts gehören endlich öffentlich gemacht und skandalisiert. Unsere Stoßrichtung sollte dabei sein:

- Strikte Einhaltung der in der Genfer Flüchtlingskonvention normierten Geflüchtetenrechte; Stopp jeder weiteren Asylrechtseinschränkung und der damit verbundenen Hetze gegen MigrantInnen
- Beschleunigung der Asylverfahren zur schnellstmöglichen Anerkennung der Geflüchteten! Ein Angriff auf die Geflüchteten, ist ein Angriff auf uns alle und auf die Menschenwürde, das vermeintlich höchste Gut unserer bürgerlichen Verfassung!

Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) fordert zusätzliche 1,3 Milliarden Euro pro Jahr, um Wohnungsbau und Stadtentwicklung voranzubringen. Anlass dafür ist gemäß der Nachrichtenagentur *AFP* die hohe Zahl von Flüchtlingen, die in der Bundesrepublik Schutz suchen. Es gehe ihr darum, zu »verhindern, dass es zu Konkurrenz zwischen Einheimischen und Flüchtlingen auf dem Wohnungsmarkt kommt«, sagte Hendricks den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Die zusätzlichen Mittel sollen von 2017 an drei Jahre lang fließen.

Die Zustände sind unhaltbar. Dabei haben wir den Eindruck, als ob die Zustände in den Massenunterkünften gewollt sind. Denn so werden der Kontakt mit der Bevölkerung und die Integration erschwert, das Bild der Überforderung bestätigt, und Nachkommende werden abgeschreckt. Wichtig ist, dass wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Die Schutzsuchenden werden in Turnhallen, Containern und Zelteinrichtungen untergebracht und weitestgehend ohne Informationen über ihre Verfahren monatelang allein gelassen. Die viel zu wenigen Betreuer in den Massenunterkünften sind teilweise völlig überfordert und für eine solche Tätigkeit nicht ausgebildet. Es kommt zu Spannungen. Wenn Hunderte Menschen auf engstem Raum, ohne jegliche Privatsphäre, ohne Möglichkeiten für eine Strukturierung des Alltags über Monate in zum Teil maroden Turnhallen »abgestellt« werden, dann ist das unerträglich. Es ist absehbar, dass es zu Protesten kommen wird. Die Geflüchteten können nicht nachvollziehen, warum ihnen so etwas angetan wird, und sie wollen zu Recht Antworten.

Die Politik gerät durch die Proteste und die zunehmende Presseresonanz zwar unter Druck, hält aber unbeirrt an ihrem Kurs der menschenunwürdigen Unterbringung fest. Natürlich spiegelt sich in der Flüchtlingspolitik auch immer die Frage der Verteilungsgerechtigkeit wider. Und hier sind die kommunalen Haushalte besonders stark betroffen. Es sind aber gerade die Vertreterinnen und Vertreter von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, die auf Landes- und Bundesebene die Plünderung kommunaler Kassen durchsetzen – und auf kommunaler Ebene wiederum leere Kassen beklagen. Das ist heuchlerisch.

Ein eklatantes Beispiel verfehelter Politik der Stadt Köln ist ein Beispiel aus Mülheim: Private Eigentümer hatten der Verwaltung ein brachliegendes Gewerbegebiet direkt am Rhein an der Domagkstraße angeboten. Die Stadt zeigte sich zunächst interessiert, es gab sogar schon einen Vertragsentwurf zur Anmietung. Container für bis zu 60 Flüchtlinge hätten auf dem Areal Platz gefunden. Doch dann konnten sich beide Seiten nicht auf einen Mietpreis einigen. Die Eigentümer, namentlich der MachMit! e.V., forderten mindestens € 1,50 pro Quadratmeter, die Stadt wollte nur 40 Cent zahlen – im Monat also € 440 für die angebotenen 1.100 qm. Zum Vergleich: Für die Unterbringung eines einzigen Flüchtlings im Hotel zahlt die Stadt monatlich etwa € 750,00!

Eine adäquate Unterbringung wäre sogar noch preisgünstiger. Auf den Quadratmeter gerechnet, kommt man mit der Unterbringung in Containern auf Kosten von € 27,50 pro Monat, bei der Anmietung von Zelthallen sogar auf ca. € 60,00. Verglichen mit dem derzeitigen Kölner Mietspiegel von 9 bis zwölf Euro sind das absurd hohe Kosten. Außerdem weigert sich weiterhin die Kommune, ihren Leerstand zu aktivieren, beispielsweise mit einer Zweckentfremdungssatzung, wonach frei finanziertes Wohnraum nicht ohne Genehmigung länger als drei Monate leerstehen darf. Da ist es nachvollziehbar, dass Geflüchtete im Gespräch mit uns immer wieder sagen: Sie haben das Gefühl, dass in Deutschland auf Abschreckung gesetzt wird.

Hinzu kommt die prekäre Schulsituation minderjähriger Flüchtlingskinder. Zur Durchsetzung eines einzigen Schulplatzes sind durchschnittlich 50 Behördenkontakte nötig. Dabei fordern wir eine Änderung des NRW-Schulgesetzes, das eine Pflicht zur Beschulung von Flüchtlingskindern nicht enthält. Es kommt immer wieder vor, dass einem Kind der Schulplatz verweigert würde, gleichzeitig aber seine Eltern mit Strafen wegen Schulpflichtverletzung bedroht werden.

Daher fordern wir:

- Aufnahme und Schutz für alle Geflüchteten
- Bereitstellung von geeignetem Wohnraum statt Lager
- Zugang zu kostenfreier Bildung, Gesundheitlicher Versorgung und sozialer Teilhabe
- Recht auf Asyl und den Zugang dazu für alle Asylsuchenden!
- Für ein Leben in Freiheit und Würde!

Wir wollen uns nicht spalten lassen in „Legale“ und Geflüchtete! Wir wollen die Fluchtursachen und Verursacher aufdecken und gemeinsam und solidarisch soziale und demokratische Rechte erkämpfen und verteidigen! Wir fordern die Anerkennung und Umsetzung internationalen Rechts, darunter auch der Genfer Flüchtlingskonvention, das Geflüchtete vor staatlicher und sozialer Gewalt schützen soll! Wir wollen Arbeit und Ausbildung für alle zu gerechter Bezahlung und unter fairen Arbeitsbedingungen! Wir wollen bezahlbaren und menschenwürdigen Wohnraum und die Legalisierung der Nutzung von leerstehendem Wohnraum! Wir wollen kostenlose medizinische Grundversorgung und den freien Zugang zu Bildung und sozialer Teilhabe für alle! Eins ist klar: In Deutschland, einem Land, das extrem vom globalen Waffenhandel profitiert, kann es nicht am Geld liegen. Die Kriegs- und Fluchtverursacher müssen zahlen! Wir wollen gemeinsam gegen Kriegsbeteiligung, Krieg und die ausbeuterischen Interessen der Banken und Konzerne kämpfen!

Es wäre ein Fehler, der AfD und anderen Hetzern das Feld zu überlassen. Viele Menschen haben aufgrund der bisherigen unsozialen Politik Angst, dass sie zu kurz kommen. Hier ist es unsere Aufgabe, den Forderungen nach Ausgrenzung solidarische Politikentwürfe entgegenzusetzen. Das geht nur, wenn man sich in die Diskussionen vor Ort einmischt und die wahren Konfliktlinien in unserer Gesellschaft aufzeigt. Die Thematisierung der sozialen Frage und eine konsequente Friedenspolitik sind entscheidend.